



# Freie und Hansestadt Hamburg

## Bezirksamt Altona

Bezirksamt Altona - Dezernat Wirtschaft,  
Bauen und Umwelt - 22758 Hamburg

Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt  
A/WBZ2 Fachamt Bauprüfung

Firma  
AKK Altonaer Kinderkrankenhaus gGmbH  
Frau Christiane Dienhold  
Bleickenallee 38  
22763 Hamburg

Jessenstraße 1 - 3  
22767 Hamburg

Telefon 040 - 4 28 11 - 63 63  
Telefax 040 - 427 9 02570  
E-Mail Zentrum-Wirtschaft-Bauen-  
Umwelt@altona.hamburg.de

Ansprechpartner: Herr Dipl.-Ing.(FH) Marcin Zuber

Zimmer 105  
Telefon 040 - 4 28 11 - 6321  
Telefax +49 40 427 9 0257 (E-Fax)  
E-Mail Marcin.Zuber@Altona.Hamburg.De

GZ.: A/WBZ/00279/2023

Hamburg, den 22. Mai 2024

Verfahren	Baugenehmigungsverfahren nach § 62 HBauO
Eingang	11.01.2023
Grundstück	
Belegenheit	Bleickenallee 38
Baublücke	212-022, 212-024
Flurstücke	951, 1861 in der Gemarkung: Othmarschen

### AKK Umstrukturierung Klinische Beatmung Lufthafen

## GENEHMIGUNG

Nach § 72 der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) in der geltenden Fassung wird unbeschadet der Rechte Dritter die Genehmigung erteilt, das oben beschriebene Vorhaben auszuführen.

Dieser Bescheid gilt nach § 58 Absatz 2 HBauO auch für und gegen die Rechtsnachfolgerin oder den Rechtsnachfolger.

Die bauordnungsrechtliche Genehmigung erlischt nach § 73 Absatz 1 HBauO, wenn innerhalb von drei Jahren nach ihrer Erteilung mit der Ausführung des Vorhabens nicht begonnen oder die Ausführung länger als ein Jahr unterbrochen worden ist.

Sie kann auf schriftlichen Antrag nach § 73 Absatz 3 HBauO jeweils um bis zu einem Jahr verlängert werden.



WC

Sprechzeiten:  
nach Vereinbarung im Service Zentrum  
oder beim Sachbearbeiter

Öffentliche Verkehrsmittel:  
S1, S11, S2, S3, S31 Altona  
112, 37, 283, 288 Große Bergstraße

## Planungsrechtliche Grundlagen

Baustufenplan

Ottensen

mit den Festsetzungen: Kinderkrankenhaus; Grünflächen öff. Art  
Baupolizeiverordnung vom 08.06.1938 in der geltenden Fassung

## Ausführungsgrundlagen

Bestandteil des Bescheides

- die Vorlagen Nummer

0 / 2 a	2005 G 001 Lageplan 02.12.2022 0.
0 / 15 a	G 02.01 Liegenschaftskartekarte (vom 01.11.2021 Flurstück 951).
0 / 18 a	G 03.02 Betriebsbeschreibung.
0 / 19 a	G 04.01 Stellplatznachweis.
0 / 33 a	3_Liegenschaftskartekarte.
0 / 45 a	Fachhygienische Bewertung
0 / 46 a	2005 D 404 Außentreppe XL 05.07.2023 a.
0 / 47 a	2005 G 099.3 Grundriss UG Neubau _ Abbruch 24.08.2023 e.
0 / 48 a	2005 G 100.3 Grundriss EG Neubau _ Abbruch 24.08.2023 e.
0 / 49 a	2005 G 101.3 Grundriss 1. OG Neubau _ Abbruch 24.08.2023 e.
0 / 50 a	2005 G 102.3 Grundriss DA Neubau _ Abbruch 24.08.2023 c.
0 / 51 a	2005 G 201.3 Schnitt 1-1 Abbruch_Neubau 24.08.2023 d.
0 / 52 a	2005 G 202.3 Schnitt 2-2 Abbruch_Neubau 28.04.2023 b.
0 / 53 a	2005 G 210.0 Ansicht Ost Abbruch_Neubau 24.08.2023 c.
0 / 54 a	2005 G 211.0 Ansicht Nord Abbruch_Neubau 24.08.2023 c.
0 / 56 a	Erläuterungsbericht_Index a
0 / 79 a	1436.GR.20210308.140410_Lufthafen_BSKt_62_20240322
0 / 80 a	1436.GR.20230316.153616_Evakuierungskonzept_Lufthafen_20_20240322

Sie sind im Rahmen des gesetzlich geregelten Prüfungsumfanges verbindlich.  
Die Grüneintragungen in den Vorlagen sind zu beachten.

## Genehmigungseinschränkungen (aufschiebende Bedingung)

1. Mit den entsprechenden Bauarbeiten darf erst begonnen werden, wenn über folgende Prüfgegenstände ein Ergänzungsbescheid erteilt worden ist:

1.1. Standsicherheit

Diese Einschränkungen verlängern nicht die Geltungsdauer der Genehmigung nach § 73 Absatz 1 HBauO.

## Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der im Briefkopf bezeichneten Dienststelle einlegen (§ 70 VwGO).

Der Bescheid umfasst auch die

- Anlage - bauordnungsrechtliche Auflagen und Hinweise
- Anlage - abfallrechtliche Auflagen und Hinweise
- Anlage - arbeitnehmerschutzrechtliche Auflagen und Hinweise
- Anlage - immissionsschutzrechtliche Auflagen und Hinweise
- Anlage - infektionsschutzrechtliche Auflagen und Hinweise

Unterschrift

**Gebühr**

Über die Gebühr ergeht ein gesonderter Bescheid.

**Weitere Anlagen**

Formblatt - Mitteilung über die Innutzungnahme

Anlage - Statistikangaben zur Umsetzung des HmbTG

## **Anlage zum Bescheid**

### **BAUORDNUNGSRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE**

#### **Zuständige Stelle für die Überwachung**

Bezirksamt Altona  
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt  
Jessenstraße 1 - 3  
22767 Hamburg

#### **AUFLAGEN**

##### **Nutzungsbeginn**

2. Mit der Anzeige über den Nutzungsbeginn sind folgende Unterlagen bei der Bauaufsichtsbehörde vorzulegen:

- 2.1. Bescheinigung nach § 15 Abs. 1 PVO eines behördlich anerkannten Prüfsachverständigen über die jeweils vollständig durchgeführte Prüfung folgender technischer Anlagen und Einrichtungen:

Alarmierungsanlage  
Brandmeldeanlage  
Lüftungsanlage  
nichtselbsttätige Feuerlöschanlage  
Starkstromanlage

Bei Erstinbetriebnahme sowie bei einer Wiederinbetriebnahme nach wesentlichen Änderungen ist die Prüfung gemäß § 15 Abs. 2 PVO durch die Bauherrin oder den Bauherren gemäß § 54 HBauO zu beauftragen.

Auf die Verpflichtung des Betreibers zur Veranlassung der wiederkehrenden Prüfungen der o.g. technischen Anlagen und Einrichtungen gemäß § 15 Abs. 2 PVO wird hingewiesen.

##### **Brandschutz - Bauteilanforderungen**

3. Die Brandschutzkommission stimmt den Verzicht auf einen weiteren Evakuierungsaufzug zu. Dafür ist der vorhandene Aufzug im mittleren Brandabschnitt entsprechend der Erläuterungen im Brandschutzkonzept vom 22.03.2024 und unter den voranstehenden Annahmen als Evakuierungsaufzug herzurichten.

Der Rettungsweg durch das Zentralgebäude muss entsprechend den ebenfalls vorgenannten Annahmen zum Rettungsweg entsprechen. Weiterhin ist die flächendeckende BMA im Gebäude „Lufthafen“ direkt auf die Feuerwehr aufzuschalten.

Somit hat bei Auslösung eines Brandmelders eine unmittelbare automatische Alarmierung der Feuerwehr zu erfolgen.

## Technische Gebäudeausrüstung

4. Die Anforderungen der HBauO § 51 in Verbindung mit dem Bauprüfdienst Brandschutztechnische Anforderungen an Krankenhäuser (BPD 3/2016) Pkt. 8.4 Rauchableitung aus notwendigen Fluren sind einzuhalten.
5. In den Brandschutzplänen sind in den Bereichen BA Mitte L bis Q und BA Süd die für eine Rauchableitung vorgesehenen Räume sowie die vorhandenen Öffnungen in den Bauabschnitten Nord und Mitte E-L im OG 1 zu kennzeichnen.
6. Alle für eine Rauchableitung vorgesehenen zu öffnenden Fenster müssen eine freie Öffnungsfläche von min. 1 m<sup>2</sup> aufweisen.
7. Die Vorgaben der Muster-Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Lüftungsanlagen (Muster-Lüftungsanlagen-Richtlinie M-LüAR) Stand: 2005-09, Redaktionsstand 03.09.2020 sind einzuhalten.
8. Insbesondere hinsichtlich Abschnitt 5.1.2 Anforderungen an Mündungen von Außenluft- Fortluftleitungen: Außenluft- und Fortluftöffnungen (Mündungen) von Lüftungsleitungen, aus denen Brandgase ins Freie gelangen können müssen so angeordnet oder ausgebildet sein, dass durch sie Feuer oder Rauch nicht in andere Geschosse , Brandabschnitte, Nutzungseinheiten, notwendige Treppenträume, Räumen zwischen den notwendigen Treppenträumen und den Ausgängen ins Freie oder notwendige Flure übertragen werden können. Sie müssen von Baustoffen und entsprechenden Verkleidungen (u.a. Fenstern und Öffnungen in der Fassade) mindestens 2,5 m entfernt sein.
9. Insbesondere hinsichtlich Abschnitt 5.1.3 MLüAR Anforderungen an die Verhinderung von Übertragung von Rauch in Zuluftanlagen. Die Übertragung von Rauch über die Außenluft ist durch Brandschutzklappen, Rauchschutzklappen oder eine geeignete Anordnung der Außenluft zu verhindern.
10. Insbesondere hinsichtlich Abschnitt 5.2.1.2. Anforderungen an Durchführungen durch feuerbeständige, raumabschließende Bauteile: Leitungsabschnitte, die brandschutztechnisch zu trennende Abschnitte überbrücken, sind in der höchsten vorgeschriebenen Feuerwiderstandsfähigkeit der durchdrungenen Raum abschließenden Bauteile auszuführen; andernfalls sind Absperrvorrichtungen in den Bauteilen vorzusehen. Das gilt insbesondere für Leitungen, die Flurwände und Decken durchstoßen.
11. Insbesondere hinsichtlich Abschnitt 5.2.3 brandschutztechnische Anforderungen an Leitungsabschnitten im Freien, die von Brandgasen durchströmt werden können.
12. Die Anforderungen der Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen VV-TB (eingeführt am 20.05.2022), insbesondere an Lüftungsanlagen unter Punkt 6 im Anhang 14 sind anzuwenden
13. Die in den technischen Baubestimmungen VV TB – A 2.2.1.8 Musterleitungsanlagenrichtlinie – MLAR Brandschutz von Leitungsanlagen (Amtlicher Anzeiger vom 11. Mai 2018) Fassung 10.02.2015 festgelegten brandschutztechnischen Anforderungen an elektrische Leitungsanlagen sind zu beachten, und zwar bei der Installation in Treppenträumen und deren Verbindungswegen ins Freie sowie in notwendigen Fluren (Abschnitt 3 der Richtlinien), der Führung von Leitungen durch Wände und Decken, an deren

Feuerwiderstand Anforderungen gestellt werden (Abschnitt 4 der Richtlinien) und dem Erhalt der Funktion der Leitungsanlagen von notwendigen Sicherheitseinrichtungen (Abschnitt 5 der Richtlinien) (§§ 3 Abs. 3 und 43a Abs. 1 HBauO)

14. Elektrisch betätigte notwendige Sicherheitseinrichtungen die bei Ausfall der allgemeinen Stromversorgung weiterbetrieben werden müssen (z.B. Wasserdruckerhöhungsanlagen zur Löschwasserversorgung und Anlagen zur Abführung von Rauch und Wärme im Brandfall) sowie Einrichtungen die dem Weiterbetrieb dienen, sind an die Sicherheitsstromversorgungsanlage anzuschließen. (§ 51 HBauO)
15. Die Sicherheitsbeleuchtung ist entsprechend DIN VDE 0100 Teil 710 und DIN VDE 0100 Teil 560 zu installieren sowie unter Zuhilfenahme der Raumgruppenklassifizierung zu installieren. (§ 51 HBauO)
16. Die erforderlich werdenden Hinweise auf Ausgänge und Rettungswege, die als Sicherheitsbeleuchtungsleuchten ausgeführt sind, müssen in Dauerschaltung betrieben werden. (§ 51 HBauO)
17. Es ist eine Blitzschutzanlage entsprechend der Norm und VDE – Richtlinie „Blitzschutzanlage“ DIN EN 62305 / VDE 0185-305 zu erstellen bzw. zu erweitern. (§ 43a Abs. 2 HBauO)

## HINWEISE

18. Der Beginn der Ausführung ist der Bauaufsichtsbehörde spätestens eine Woche vorher mitzuteilen (§ 72a Abs. 4 HBauO).  
Bitte verwenden Sie dafür den Vordruck auf der Internetseite  
[www.hamburg.de/formulardownload/103154/formulare-bauaemter.html](http://www.hamburg.de/formulardownload/103154/formulare-bauaemter.html)  
oder reichen die Information über den Onlinedienst "Anzeige Bau-, Abbruch- und Wiederaufnahmebeginn"  
<https://serviceportal.hamburg.de/HamburgGateway/Service/List?id=502> elektronisch ein.
19. Die Bauherrin oder der Bauherr hat die beabsichtigte Aufnahme der Nutzung mindestens zwei Wochen vorher der Bauaufsichtsbehörde anzuzeigen.  
Dies gilt nicht für die Beseitigung von Anlagen und die Errichtung von nicht baulichen Werbeanlagen (§ 77 Abs. 2 HBauO).
20. Weitere Hinweise, Merkblätter und Broschüren für Ihre Bauausführung finden Sie unter dem Link:  
["http://www.hamburg.de/baugenehmigung/583468/start-merkblaetter.html"](http://www.hamburg.de/baugenehmigung/583468/start-merkblaetter.html).
21. Evakuierungsaufzüge  
Hiermit werden Sie auf folgendes hingewiesen:  
Eine eventuell später geplante Aufstockung des Gebäudes oder ein Anbau ist ohne den Einbau weiterer Evakuierungsaufzüge ausgeschlossen.

22. Evakuierungskonzept

Nach Angaben im Evakuierungskonzept sind sechs Pflegekräfte und eine Ärztin, bzw. ein Arzt ständig im Gebäude anwesend. Aufgrund dieser Personalsituation, den nur zwei oberirdischen Geschossen, den Rettungswegen im EG, die aus jedem Patientenzimmer direkt ins Freie führen, den relativ kleinen Brandabschnitten und den maximal anwesenden 10 Patientinnen oder Patienten im Brandabschnitt folgt die Brandschutzkommission dem Evakuierungskonzept.

## Anlage zum Bescheid

### ABFALLRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

#### Zuständige Stelle für die Überwachung

Stadtreinigung Hamburg  
Technik Bau  
Bullerdeich 19  
20537 Hamburg

E-Mail: Baugenehmigungsverfahren@Stadtreinigung.Hamburg

#### AUFLAGEN

##### **Anschluß- und Benutzungspflicht:**

23. Es besteht weiterhin Anschluß- und Benutzungspflicht (§ 11 (1) Hamburgischen Abfallwirtschaftsgesetzes, HmbAbfG in Verbindung mit § 13 (1) KrW-/AbfG) für das Grundstück.

##### **Standplätze:**

24. Gemäß § 43 (2) der HBauO müssen Standplätze mindestens 5 m entfernt vor Öffnungen von Aufenthaltsräumen sein. Der Abstand darf bis auf 2 m verringert werden, wenn Behälter in Müllbehälterschränken untergebracht werden.

##### **Abfallmengen - Gewerbe:**

25. Entsprechend § 5 (4) AbfBenVO ist für Benutzungseinheiten gemäß § 3 Absatz 3 Nummer 2 ein bedarfsgerechtes Abfallbehältervolumen vorzuhalten, im Regelfall wöchentlich 120 Liter für Restmüll.

##### **Ausschluss von Abfällen - Krankenhaus:**

26. Gemäß § 4 Absatz 1 und 2 des Hamburgischen Abfallwirtschaftsgesetzes (HmbAbfG) und der Verordnung über den Ausschluss von Abfällen von der Entsorgung durch den öffentliche-rechtlichen Entsorgungsträger (AbfAusschlussVO) sind Abfälle bzw. Sonderabfälle, die in der Ausschlussliste in der Anlage 1 aufgeführt sind, von der Entsorgung durch die Stadtreinigung Hamburg (SRH) ausgeschlossen.

Hier Anlage 1, Punkt 18 Abfälle aus der humanmedizinischen oder tierärztlichen Versorgung und Forschung (ohne Küchen- und Restaurantabfälle, die nicht aus der unmittelbaren Krankenpflege stammen)

##### **Getrennte Erfassung von Wertstoffen (Gewerblich):**

27. Gemäß § 3 GewAbfV (Gewerbeabfallverordnung vom 18.04.2017), haben Erzeuger und Besitzer von gewerblichen Siedlungsabfällen die folgenden Abfallfraktionen jeweils getrennt zu sammeln, hier u.a. 1. Papier, Pappe und Karton... und 3. Kunststoffe.

##### **Größe / Ausstattung der Standplätze / Müllräume:**

28. Die Stadtreinigung ist mit der Weiter-/Mitnutzung der vorhandenen Abfall- und Wertstoffbehälter (u.a. Presscontainer) nur dann einverstanden, wenn die krankenhausspezifischen Abfälle separat gesammelt und entsorgt werden.



## **HINWEISE**

29. Sollte sich aufgrund der Nutzungsänderung die Abfallmenge erhöhen, so ist die Anzahl und Art der Abfallbehälter der neuen Nutzung anzupassen.

## **Anlage zum Bescheid**

### **ARBEITNEHMERSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE**

#### **Zuständige Stelle für die Überwachung**

BJV Amt für Arbeitsschutz  
Billstraße 80, 20539 Hamburg  
arbeitnehmerschutz@bgv.hamburg.de

#### **AUFLAGEN**

30. Die Verkehrswege auf dem Dach zu Wartungs-, Inspektions- und Reparaturarbeiten sind so zu beleuchten und deutlich und dauerhaft zu kennzeichnen, dass diese auch in der dunklen Jahreszeit sicher begangen werden können. D.h. es ist eine Mindestbeleuchtungsstärke von 5 lx zu gewährleisten. (§§3a,4 ArbStättV, ASR A3.4 "Beleuchtung" Ziff. 6, Anhang 2, ASR A1.3 Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung Ziff. 5).

## Anlage zum Bescheid

### IMMISSIONSSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

#### Zuständige Stelle für die Überwachung

Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt  
- Technischer Umweltschutz –  
Umweltschutz@Altona.Hamburg.De

#### Vorschriften:

Bei der Ausführung und dem Betrieb der Anlage sind folgende Vorschriften einzuhalten:

- die Vorschriften der §§ 22 - 25 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) über nicht genehmigungsbedürftige Anlagen
- die Vorschriften der aufgrund von § 23 erlassenen Rechtsverordnungen

#### AUFLAGEN

##### **Allgemein:**

31. Der o.a. Betrieb einschl. aller Nebeneinrichtungen ist so zu errichten, zu führen und zu unterhalten, dass gem. § 22 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) schädliche Umwelteinwirkungen nicht zu befürchten sind. Insbesondere ist dafür zu sorgen, dass die Allgemeinheit und die Nachbarschaft weder durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Umwelteinwirkungen gefährdet, erheblich beeinträchtigt oder erheblich belästigt werden.

##### **Luft:**

32. Abluft ist über Dach in den freien Luftstrom abzuleiten (gilt nicht für Raumluft).

##### **Lärm:**

33. Die gesamte Anlage ist so zu betreiben, dass durch den Lärmbeitrag der Anlage einschließlich aller Nebeneinrichtungen die Immissionsrichtwerte der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA-Lärm) vom 26.08.98 nicht überschritten werden.

##### **Außenlärm:**

Auf dem im Baustufenplan Ottensen als Krankenhausfläche ausgewiesenen Grundstück dürfen gem. TA-Lärm Pkt. 6.1 g folgende Immissionsrichtwerte nicht überschritten werden:

Tagsüber	45 dB(A), in der Zeit von 6.° - 22.° Uhr,
nachts	35 dB(A), in der Zeit von 22.° - 6.° Uhr.

Die in der TA-Lärm vorgegebenen Ruhezeitenregelungen sind zu beachten.  
Bei direkt angrenzenden betriebsfremden schutzbedürftigen Räumen:

##### **Beschwerden:**

Bei berechtigten Anwohnerbeschwerden ist durch ein schalltechnisches Gutachten von einer nach § 29 b BImSchG benannten Stelle der Nachweis über die Einhaltung der o.g. Immissionsrichtwerte zu erbringen. Als Messpunkte werden die zwei am nächsten gelegenen Immissionsorte festgelegt. Dem Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt - Technischer Umweltschutz - ist Gelegenheit zu geben, an der Messung teilzunehmen. Die Kosten trägt der Betreiber der Anlage.

Minimierungsgebot:

Fenster und Türen sind bei lärmintensiven Tätigkeiten ständig geschlossen zu halten.

**Licht:**

34. Die Vorgaben der Licht-Richtlinie sind zu beachten und umzusetzen. Die Nachbarschaft ist vor Raumerhellung und Blendung zu schützen. Bei Anwohnerbeschwerden ist der Nachweis zu erbringen, dass die Vorgaben der Lichtrichtlinie eingehalten werden. Die Kosten für den Nachweis trägt der Betreiber.

**Abfall:**

35. Für die nach Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) nicht überwachungspflichtigen Abfälle gilt:  
Die Anlagen sind so zu betreiben, dass die Entstehung von Abfällen nach Möglichkeit vermieden wird und die beim Betrieb der Anlagen unvermeidbar entstehenden Reststoffe ordnungsgemäß und schadlos verwertet oder - soweit dies technisch nicht möglich oder wirtschaftlich vertretbar ist - als Abfälle ordnungsgemäß beseitigt werden. (§ 22 BImSchG i. V. m. KrWG)

## Anlage zum Bescheid

### INFEKTIONSSCHUTZRECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

#### Zuständige Stelle für die Überwachung

Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt  
- Technischer Umweltschutz -  
Umweltschutz@altona.hamburg.de

Bezirksamt Altona  
Bahrenfelder Straße 254-260  
22765 Hamburg  
Tel.Nr.:  
Fax-Nr.:  
E-Mail: bauantraege-ga@altona.hamburg.de

#### AUFLAGEN

36. Bei der Planung, Bauausführung und dem Betrieb des Lufthafens im AKK sind folgende Gesetze und Vorschriften zu beachten:
- Infektionsschutzgesetz (IfSG), hier §§ 37-41
  - Trinkwasserverordnung (TrinkwV)
37. Die Anforderungen der Trinkwasserverordnung müssen an den Entnahmearmaturen der Trinkwasser-Installation erfüllt werden (§ 8 TrinkwV).  
Beim Bau und Betrieb der Trinkwasser-Installation sind die anerkannten Regeln der Technik einzuhalten (§ 4 Absatz 1 und §17 Absatz 1 TrinkwV). Hier insbesondere: DIN EN 806, DIN EN 1074, DIN EN 1717, DIN 1988, VDI/DVGW 6023 sowie DVGW Arbeitsblatt W 551 und W 553. Verantwortlich ist der Betreiber der Anlage.
38. Dem Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt sind vor Aufnahme des Betriebes Befunde zur Beschaffenheit des Wassers gemäß Trinkwasserverordnung vorzulegen. Der Untersuchungsumfang beinhaltet die mikrobiologischen Parameter E.Coli, Enterokokken, Koloniezahl bei 22° und 36°C, coliforme Bakterien, Pseudomonas Aeruginosa sowie die sogenannten Leitungsparameter Blei, Kupfer, Nickel (siehe Trinkwasserverordnung Anlage 1 Teil I, Anlage 2 Teil II und Anlage 3 Teil I).  
Die Trinkwasserproben sind mindestens an folgenden Stellen zu entnehmen (Raumbezeichnung laut Grundrissen vom 02.12.22):
- EG - Raum 0.23.1, Patientenbad 1 neu ("Pat.bad 1"), Waschbecken
  - OG - Raum 1.20, Elternaufenthalt/Spielen, Spüle
  - OG - Raum 1.26.1, Patientenbad 4 neu ("Pat.bad 4"), Waschbecken.
- Eine Untersuchung auf Legionellen nach Trinkwasserverordnung Anlage 3 Teil II ist vorzulegen, wenn eine Großanlage zur Trinkwassererwärmung verwendet wird. Sofern eine Großanlage betrieben wird, ist die Legionellenuntersuchung nach TrinkwV § 14b zusammen mit dem oben genannten Trinkwasseruntersuchungsbefund beim Fachamt einzureichen. Der Probenahmeumfang der Legionellenuntersuchung ist nach TrinkwV §14b Absatz 3 sowie DVGW Arbeitsblatt W551 festzulegen.
39. Bei der Planung, Bauausführung und dem Betrieb des Krankenhauses sind folgende Gesetze und Vorschriften zu beachten:

- Infektionsschutzgesetz (IfSG)
  - Hamburger Verordnung über die Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen (HmbMedHygVO)
  - Hamburgisches Gesundheitsdienstgesetz (HmbGDG)
  - RKI-Richtlinien des Robert-Koch-Institutes für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention
  - TRBA 250 – Biologische Arbeitsstoffe im Gesundheitswesen und in der Wohlfahrtspflege
  - DIN 1946-4:2018-09 – Raumluftechnik - Teil 4: Raumluftechnische Anlagen in Gebäuden und Räumen des Gesundheitswesens
40. In allen Räumen, in denen diagnostische oder invasive Maßnahmen bzw. Arbeiten durchgeführt werden (Schutzstufe 2, TRBA 250), sind dem Personal leicht erreichbare Händewaschplätze mit fließendem Kalt- und Warmwasser und fest installierten Direktspendern für Flüssigseife, Händedesinfektionsmittel und Einmalhandtuchspender mit Abwurf zur Verfügung zu stellen. In Schutzstufe 2 sind die Handwaschbecken mit Armaturen zu versehen, welche ohne Handberührungen bedienbar sind. Es wird empfohlen generell handfrei bedienbare Wasserarmaturen einzubauen (z.B. handelsübliche Einhebelmischarmatur). Die Waschbecken sollten weder Überläufe noch direkt in den Siphon gerichtete Wasserstrahle haben (TRBA 250 Ziffer 4.1.1, KRINKO Empfehlung Händehygiene in Einrichtungen des Gesundheitswesens Ziffer 5.1).
41. Für das Personal sind gesonderte, für Patienten nicht zugängliche Toiletten auszuweisen bzw. zur Verfügung zu stellen und mit einem kompletten Händewaschplatz auszustatten (TRBA 250 Ziffer 4.1.1 und 4.2.2).
42. Alle Einrichtungen, Bodenbeläge und Wände müssen leicht zu reinigen und beständig gegen die verwendeten Reinigungsmittel und ggf. Desinfektionsmittel sein. Die Böden, der genannten Räume sowie die WC-Räume müssen feucht zu reinigen, zu desinfizieren und flüssigkeitsdicht sein (TRBA 250 Ziffer 4.1.4, 4.2.1, 4.2.2, KRINKO Empfehlung Anforderungen an die Hygiene bei der Reinigung und Desinfektion von Flächen Ziffer 6.1). Fußböden müssen rutschfest sein.
43. In Arbeitsbereichen der Schutzstufe 2 müssen die Oberflächen (Fußböden, Arbeitsflächen und angrenzende Wandflächen, eingebaute Einrichtungen) so ausgeführt sein, dass sie flüssigkeitsdicht/ fugendicht sind, abwaschbar und auch mit Desinfektionsmitteln und -verfahren desinfiziert werden können (TRBA 250 Ziffer 4.1.4 und 4.2.1).
44. Für die benötigten Materialien sind adäquate Lagermöglichkeiten vorzuhalten. Reine und sterile Medizinprodukte sind staub- und lichtgeschützt aufzubewahren (KRINKO Empfehlung Anforderungen an die Hygiene bei der Aufbereitung von Medizinprodukten Ziffer 3).
45. Es ist ein Hygieneplan zu erstellen in dem die innerbetrieblichen Verfahrensweisen zur Infektionshygiene festgelegt werden (§ 36 IfSG, TRBA 250 Ziffer 4.1.5).
46. Innen liegende Bäder und Toilettenräume ohne Außenfenster sind gemäß DIN 18017 mechanisch zu be- und entlüften.
47. Die raumluftechnischen Anlagen sind nach DIN 1946-4:2018-09 (Raumluftechnische Anlagen in Gebäuden und Räumen des Gesundheitswesens)

zu betreiben. Beim Betrieb der Anlagen ist die VDI 6022 einzuhalten und zu beachten.

Das Prüfprotokoll der Anlagenqualifizierung und Abnahmeprüfung ist dem Fachamt Gesundheit vor der Inbetriebnahme vorzulegen.

48. Da die Neu- und Umbaumaßnahmen bei laufendem Krankenhausbetrieb stattfinden, ist grundsätzlich auf eine entsprechende Bauabschottung zu achten. Es wird dringend empfohlen, in allen an die Baustelle angrenzenden Bereichen, die der Patientenversorgung dienen, die Reinigungsfrequenz während der Bauphase zu erhöhen (KRINKO Empfehlungen Anforderungen an die Hygiene bei der Reinigung und Desinfektion von Flächen Ziffer 3.2, sowie Anforderungen an die Infektionsprävention bei der medizinischen Versorgung von immunsupprimierten Patienten Ziffer 2.1.15).
49. Die Hinweise und Empfehlungen der fachhygienischen Bewertung durch das Institut für Hygiene und Umwelt vom 01.06.2023 sollten geprüft und berücksichtigt werden.

## **HINWEISE**

50. Beim Rückbau von Leitungssträngen der Trinkwasserinstallation ist darauf zu achten, dass keine stagnierenden Leitungsstränge zurückbleiben um eine Verkeimung der Hausinstallation zu verhindern.
51. Es wird auf die Einhaltung der DIN EN 806-5:2012-04 (Technische Regeln für Trinkwasser-Installationen - Teil 5: Betrieb und Wartung) sowie VDI 6023 (Hygiene in Trinkwasser-Installationen) verwiesen, insbesondere auf Punkt 6.9.3 der VDI 6023 „Erst- und Wiederinbetriebnahme, Beginn des bestimmungsgemäßen Betriebs“ (Tabelle 1) sowie Nachweis der einwandfreien Beschaffenheit nach Befüllung.  
Trinkwasseranlagen oder Anlagenteile, die länger als drei Tage nicht genutzt werden, unterliegen bereits wasserhygienischen Anforderungen (Maßnahmen bei Betriebsunterbrechung). Bei selten genutzten Entnahmestellen ist ein Spülplan vorzusehen (sofern kein fachgemäßer Rückbau möglich ist).
52. Die Ausstattung der hygienerelevanten Räume sollte grundsätzlich in Zusammenarbeit mit dem Krankenhaushygieniker und der Hygienefachkraft abgestimmt werden, um einen aus krankenhaushygienischer Sicht unbedenklichen Arbeitsablauf sicherzustellen.
53. Das Waschbecken des Patienten-WC sowie des Besucher-WC sollte mindestens mit Wandspender für Flüssigseife und Papierhandtücher zum einmaligen Gebrauch ausgestattet werden.

## **Anlage**

### **STATISTIKANGABEN ZUR UMSETZUNG DES HmbTG**

Dieser Bescheid wird im Transparenzportal Hamburg veröffentlicht (§ 3 Abs. 1 Nr. 13 HmbTG). Vor der Veröffentlichung werden persönliche Daten aus dem Dokument entfernt.

Für das Transparenzportal wird der Bescheid um folgende Angaben ergänzt:

Art der Baumaßnahme: Änderung

Art der beantragten Anlage: Gebäude, Gebäudeklasse 5

Art des Gebäudes nach künftiger Nutzung: Nichtwohngebäude